

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleiter: Anton Heutmann, Düsseldorf, Cavalleriestr. 22. Fernruf 4423. Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: E. M. Schiffer, Düsseldorf, Cavalleriestraße 22. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 1358.

Lebensmittelpreise während des Krieges.

Der plötzliche Ausbruch des gegenwärtigen Weltkrieges hat im Anfangsstadium auf den Lebensmittelmarkt sehr bedenkliche Begleiterscheinungen gezeitigt. Infolge der gewissenlosen Preistreiberien gewinnlüstiger Elemente und begünstigt durch die kopflösen Masseneinkäufe der Konsumenten schaukelten in den letzten Juli- und ersten Augusttagen die Preise für notwendige Massenartikel gewaltig in die Höhe. Erst das vom Reichstag den Verwaltungsbehörden eingeräumte und von diesen auch ausgenutzte Recht, Höchstpreise für Lebensmittel festzusetzen, vermochte auf den Lebensmittelmarkt wieder einigermaßen normale Zustände zu schaffen.

Die Zeitung der christlichen Gewerkschaften hat schon vom Beginn der Kriegswirren an der Frage der Lebensmittelpreisbewegung besondere Aufmerksamkeit geschenkt und die Interessen der Konsumenten energisch vertreten. In einer öffentlichen Kundgebung vom 1. August hat der Vorstand des Gesamtverbandes gegen gewissenlose Preistreiberien Protest erhoben und die zuständigen Behörden zum Einschreiten aufgefordert. Gleichzeitig wurden die Ortskartelle öffentlich sowie durch Kundenscheiben angewiesen, an den einzelnen Orten im gleichen Sinne an die Behörden heranzutreten, was auch an vielen Stellen mit Erfolg geschehen ist. Außerdem ist durch das Generalsekretariat und uns nahestehende Arbeiterabgeordnete eine

Eingabe an das Handelsministerium

gemacht worden mit dem Ersuchen, die behördliche Festsetzung von Höchstpreisen nicht auf den Kleinhandel zu beschränken, sondern auch auf den Großhandel auszudehnen, weil sonst die erstere Maßnahme in manchen Fällen wirkungslos bleiben müßte. Einige Tage nach dieser Eingabe ist dann auch von der Regierung bekannt gemacht worden, daß die gesetzlichen Bestimmungen betreffs Höchstpreisen auch für den Großhandel zur Anwendung gebracht werden können.

Um über die Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt während des ersten Kriegesmonates eine Uebersicht zu gewinnen, hat das Generalsekretariat neuerdings eine Umfrage bei den Ortskartellen veranstaltet. Der dafür benützte Fragebogen beschränkte sich auf die notwendigsten Massenbedarfsartikel, wie Salz, Mehl, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Brot und Fleischwaren; ferner auf die zwei Fragen: Wie standen die Preise vor der Mobilmachung und wie standen sie im letzten Drittel des Monats August? Beim Ergebnis der Umfrage scheiden mithin die wilden Preistreiberien während der ersten Kriegstage aus. Dennoch zeigen die gemachten Angaben in ihrem Unterschied vom Ende Juli und Ende August fast auf der ganzen Linie eine ganz erhebliche Preissteigerung für alle Nahrungsmittel, die für die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung unentbehrlich sind.

Eingelassen sind im ganzen 148 ausgefüllte Fragebogen und zwar aus allen Teilen des Reichsgebietes. Die einzelnen Angaben können und sollen auf Vollständigkeit und Genauigkeit keinen Anspruch erheben, inwieweit bietet das Gesamtergebnat aber wertvolle Anhaltspunkte für die Preisbewegung und damit auch für die Gestaltung der Lebenshaltung der breiten Volksmassen.

Wenn man die eingegangenen Fragebogen durchsieht und die Preisveränderungen für die einzelnen Lebensmittel prüft, so ergibt sich zunächst, daß auf der ganzen Linie die

Mehl- und Brotpreise

beträchtlich gestiegen sind. Fast durchweg beträgt die Erhöhung 20 bis 25 Prozent, selten weniger, häufiger aber noch mehr. So stieg beispielsweise der Preis für 1 Pfund

Weizenmehl

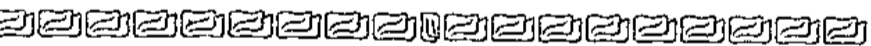
in Bütgendortmund von 18 auf 25 Pfg., Münster i. W. von 17 auf 25, Königsberg von 17—20 auf 27—30, Dresden von 22 auf 28, Schneidemühl von 18 auf

25, Gnesen von 18 auf 23, Offenbach von 20 auf 26, Recklinghausen von 18 auf 23, Danzig von 18 auf 24, Mannheim und Herdingen von 19 auf 25, Kiel von 20 auf 27, Amern St. Anton von 18 auf 25, St. Louis von 17 auf 26, Hannover-Linden von 18 auf 25, M.-Gladbach von 19 auf 25, Bocholt von 16 auf 23, Neckarjahn von 20 auf 26, Posen von 18 auf 25 usw. Es liegen nur ganz vereinzelte Meldungen vor, daß der Weizenmehlspreis gar nicht oder nur um einige Pfennige gestiegen sei.

Entsprechend den Mehlspreissteigerungen sind natürlich auch die Brotpreise in die Höhe gegangen; bezeichnenderweise aber nicht nur für Backwaren aus Weizenmehl, sondern auch, wenn auch nicht im gleichen Maße, für Roggenbrot. Letzteres ist umso weniger gerechtfertigt, da wir bekanntlich in unserer heimischen Produktion Ueberfluß an Roggengetreide haben. Laut Angaben auf den Fragebogen war der Brotpreis in dem Zeitraum von Ende Juli bis Ende August gestiegen in Kiel von 25 bis 33 Prozent, Amern St. Anton 25, Oberhausen 20 bis 35, Lippstadt bis 25, Gronau 25 bis 30, Neufeld bis 30, Neheim bis 39, Berlin bis 35, Werder 20 bis 32, Breslau 20 bis 24, Magdeburg 20 bis 25, Düsseldorf bis 25, Dresden 15 bis 25, Schneidemühl bis 30, Fulda 20 bis 40, Graudenz 40 bis 50, Birmaßens 17 bis 30, Kolmar 30 bis 35 Prozent usw. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Preissteigerung für das notwendigste Volksnahrungsmittel angesichts des fast allgemein verringerten Einkommens von den bedenklichsten Folgen begleitet sein muß. Erfreulicherweise haben die Staats- und Gemeindebehörden denn auch gerade in der Brotversorgung



Kolleginnen und Kollegen, die Ihr noch Arbeit und Verdienst habt, vergeßt Eure darbedenden Schwestern und Brüder nicht! Zahlt gern und willig Verbandsbeiträge! Denkt daran, daß diese ganz zur Vinderung der Not der vollständig arbeitslos gewordenen Verbandsmitglieder verwandt werden. Sorgt dafür, daß der Verband in der Lage ist, die bisher bezahlte Unterstützung den ganzen Winter hindurch gewähren zu können. Nehmt echte Solidarität! Beweist durch die Tat, daß diese große Zeit auch in uns kein kleines Geschlecht gefunden hat.



frage energisch eingegriffen. Eine Anzahl Städte haben Masseneinkäufe von Mehl getätigt und dieses zu angemessenen Preisen den Konsumenten oder Bäckern überlassen.

Eine ähnliche Preisbewegung wie bei Mehl und Brot zeigt sich leider auch bei den tierischen Produkten, bei

Fleischwaren, Fett usw.

Aus einer Anzahl von Orten wird auch eine Erhöhung der Milchpreise gemeldet. Rindfleisch ist in den meisten Orten 5, 10, 15 Pfg., hier und da noch mehr gestiegen. Eine Anzahl von Fragebogen kann aber auch ein Gleichbleiben der Preise berichten, einige ländliche Gegenden an der holländischen Grenze teilen sogar eine Herabsetzung der Preise mit. Leider sind dies nur die bekannten Ausnahmen, denen auch andere mit enormen Steigerungen entgegenstehen. So z. B. Königsberg mit einer Erhöhung von 85 auf 110 bis 120 Pfg., Neuß von 90 auf 110 Pfg.

Schlimmer wie bei Rindfleisch sind die Preissteigerungen bei Schweinefleisch, besonders bei Speck. Obwohl die Viehpreise im allgemeinen nicht angezogen, haben die Metzger aber die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, um die Konsumenten erneut zu schröpfen. Die großen Masseneinkäufe der Heeresverwaltung boten ihnen die äußere Handhabe für diese sachlich absolut nicht zu rechtfertigende Maßnahme. Mit Rücksicht auf den Raum können die Preissteigerungen für Fleischwaren nicht im einzelnen angeführt werden, nur einige Orte seien herausgegriffen. Der Preis für Schweinefleisch stieg pro Pfund in Breslau von 70 auf 90—100 Pfg., Königsberg von 80 auf 100, Speyer von 70 auf 86, Neunkirchen a. d. Saar von 70 auf 90, Neuß von

100 auf 130, Jügelstadt von 76 auf 90—100, Ravensburg von 75—80 auf 90 Pfg. Zahlreich sind die Orte, von denen eine Steigerung um 10 Pfg. gemeldet wird, während die Orte schnell zu zählen sind, wo keine Erhöhung eingetreten ist. Im Durchschnitt beträchtlich höher sind die Preissteigerungen für Speck, worüber fast einheitlich berichtet wird. Genannt seien: Lippstadt von 85 auf 100 Pfg., Neufeld von 70 auf 90, Barmen von 90 auf 110, Gerne, Neunkirchen, Fischbach a. d. Saar, Neuß und Berlin von 80 auf 100, Bromberg und Kiel von 60 auf 80, Graudenz von 100 auf 115, Schweier von 85 auf 100 Pfg. usw. Auch bei Speck sind die Steigerungen um 10 Pfg. am zahlreichsten gemeldet. Diese Erhöhungen sind doppelt ungerechtfertigt, weil die Viehpreise diese Steigerungen nicht begründen und die Metzger ferner durch die Masseneinkäufe mit ihren Speckbeständen aufräumen konnten. Es ist meistens schrankenlose Profitgier, die dem vaterländischen Empfinden, besonders in dieser schweren Zeit, ins Gesicht schlägt.

Außer den angeführten Nahrungsmitteln sind auch die

Kartoffeln

beim Kriegsausbruch ganz enorm im Preis gesteigert worden, trotz reichlicher Ernte und Ueberfluß. Gegen Ende August waren die Preise noch nicht wieder auf den alten Stand vor der Mobilmachung zurückgegangen, obwohl inzwischen auch die Spätkartoffeln auf den Markt kamen. Inzwischen sind die Kartoffelpreise aber weiter am nachlassen. Wenn die Produzenten und Händler aber nicht bald überall zu normalen Preisen zurückkehren, werden die Behörden noch einen weiteren Druck ausüben müssen, um diese Nahrung der armen Leute auf eine entsprechende Preislage zu bringen.

Ganz erhebliche Steigerungen werden von allen Seiten für

Hülsenfrüchte

— Bohnen, Erbsen, Linsen —, berichtet. Am höchsten schnellten die Preise in den Grenzgebieten empor, eine Erscheinung, die auch durchweg bei den anderen Waren zu beobachten ist. Erbsen stiegen pro Pfund im Preis: Essen von 18 auf 24 Pfg., Lützel (Saar) von 25 auf 35, Neustadt a. S. von 12 auf 26, Düsseldorf von 18 auf 25, Posen von 15 auf 20, Königsberg von 20 auf 30, Offenbach a. M. von 24 auf 35, München von 25 auf 35, Neunkirchen (Saar) von 35 auf 50 usw. Ähnliche Erhöhungen werden für Linsen berichtet, die bekanntlich zum größten Teil aus Rußland eingeführt werden. Nicht so hoch, aber immer noch sehr fühlbar, sind die Preissteigerungen für Bohnen.

Bei Waren, die aus dem Ausland eingeführt werden müssen, läßt sich eine Preissteigerung wohl verstehen, weil die Transportkosten durch die Kriegslage schwieriger und kostspieliger werden und die Zufuhr vielfach ganz unterbunden ist. Bei Produkten, die im Inland hergestellt werden, fällt das aber fort. So kann auch die erfolgte Steigerung der

Salzpreise

keineswegs gerechtfertigt werden. Prozentual gerechnet liegen hier ganz erhebliche Aufschläge vor. Steigerungen von 10 auf 11 und 12 Pfg. pro Pfund werden aus den meisten Städten berichtet. Von 10 auf 13 Pfg. stieg der Salzpreis in Koblenz, Bilar, Neheim, Bütgendortmund, Lachen, Graudenz, Wulfen usw. In Berlin von 11 auf 16 Pfg., Dresden von 11 auf 14, Schneidemühl von 11 auf 20, Erlangen von 11 auf 15 Pfg. Von 10 auf 15, also um rund 50 Prozent, in Recklinghausen, M.-Gladbach, Kevelaer, Neustadt a. S., Düsseldorf, Posen, Neumünster, Königsberg, Danzig, Dinslage, Schönlanke, Birmaßens, Kolmar usw. Hier hätten die Behörden fester zugreifen müssen, denn da liegt ganz offensichtlich Lebensmittelwucher vor.

Das Gesamtergebnat der veranstalteten Umfrage läßt sich dahin zusammenfassen, daß — abgesehen von den maßlosen Preistreiberien in den ersten Mobilmachungstagen — die Lebenshaltung der breiten Volksmassen sich im Laufe des ersten Kriegesmonats um etwa 15 bis 20 Prozent

verteuert hat. Das fällt doppelt schwer ins Gewicht zu einer Zeit, wo das Einkommen der Arbeiter durch verkürzte Arbeitszeit und große Arbeitslosigkeit bedeutend verringert ist. Daher ist es eine hochwichtige Aufgabe unserer Arbeiterorganisationen, auf diese Zustände hinzuweisen und auf Erleichterungen hinzuwirken. Ferner haben uns die Vorgänge auf dem Lebensmittelmarkt anlässlich des Krieges erneut die große Bedeutung der Konsumgenossenschaftlichen Selbsthilfe zum Bewußtsein bringen können. Zahlreiche Fragebogen der vorerwähnten Umfrage tragen den Bemerken, daß die bestehenden Konsumvereine stabilere Preise gehalten und sich als Preisregulator durchaus bewährt hätten. Neben der Aufrechterhaltung und dem späteren weiteren Ausbau unserer Berufsorganisationen wird der Konsumgenossenschaftsbewegung in Zukunft noch größere Aufmerksamkeit zu widmen sein.

Aus dem Elsaß.

Im allgemeinen hat ja unser Vaterland, dank der Tüchtigkeit der Heeresleitung und der unvergleichlichen Tapferkeit unserer Soldaten, unter der Kriegsfurchtel wenig zu leiden. Gott sei Dank — dürfen wir sagen, denn was wir bei einem Eindringen der feindlichen Truppen zu erwarten hätten, das zeigen uns die barbarischen Greuelthaten der Russen in den Ostprovinzen und das Verhalten der Franzosen im Elsaß zur Genüge.

Im Elsaß wurden auch manche Mitglieder unseres Verbandes hart betroffen. So wird uns von Mülhausen berichtet, daß der tüchtige und rührige Vorsitzende unserer Ortsgruppe Schweighausen, der Kollege Wolfson, von den Franzosen verhaftet und abgeführt worden sei. Der Kollege habe ein Schreiben an die Verbandsleitung gerichtet, das den Schlusssatz enthielt: „Hoffentlich wird Deutschland siegen.“ Dieses Schreiben soll den Franzosen in die Hände gefallen und der Schlusssatz für sie Grund genug gewesen sein, in vorgenannter Weise gegen den Kollegen vorzugehen. Eine bestimmte, zweifelsfreie Bestätigung dieser Nachricht liegt allerdings noch nicht vor.

Ein Vertrauensmann aus J u g e r s h e i m (bei Colmar) berichtet uns, daß sein Häuschen bei einem Bombardement vollständig zertrümmert worden sei. Der Kollege, der die Leitung der Ortsgruppe übernommen hatte, konnte mit seiner Familie kaum das nackte Leben retten. Die Verbandskassen und das Verbandsgeld liegen unter den Trümmern begraben.

Von unserem Beamten in Mülhausen (Elsaß), dem Kollegen Bilger, erhielten wir ferner dieser Tage noch ein vom 19. September datiertes Schreiben, das u. a. folgende Stelle enthält:

„Von meinen schönsten Ortsgruppen, den im Wessertal gelegenen Gruppen Morsch, Malmerzspach, Gels-

hausen, bin ich leider seit dem ersten Mobilmachungstage vollständig abgeschnitten. Unsere dortigen armen Mitglieder werden wohl durch die Franzosenherrschaft und die hierdurch dort ständig stattfindenden Gefechte äußerst hart mitgenommen worden sein. Ich sehne mich wirklich danach, mit den Leuten bald wieder in Fühlung zu kommen, um sie etwas ermuntern und aufrichten zu können. Zur Zeit werden sie sich wohl doppelt verlassen fühlen.“

Kollege Bilger betont weiter, daß es derzeit noch gar nicht möglich sei, diese Ortsgruppen zu erreichen. Auch nach Mü n s t e r und M e g e r a l könne er noch nicht gelangen, weil die dortige Gegend ebenfalls noch von den Franzosen unsicher gemacht werde.

Erwähnt sei noch, daß zwei an der Stadtgrenze von Mülhausen und zwei in der Nähe von Colmar gelegene Zeytlietriebe, die zusammen wohl 2—3000 Arbeiter beschäftigten, vernichtet und damit die betreffenden Arbeiter wohl für längere Zeit hinaus brotlos gemacht worden sind.

Alles in allem geht aus dem Gesagten hervor, daß unsere elsaßischen Mitglieder weit mehr unter den Kriegswirren zu leiden haben wie wir, die wir vom Kriegsschauplatz so weit entfernt sind. Das wollen wir bei allen Sorgen und Nöten, die auch uns bedrängen, nie vergessen. Es hätte auch uns noch schlechter ergehen können.

Deutschlands Volkswohlstand und der Krieg.

Wie reich sind wir, welche Hilfsmittel stehen dem deutschen Volke zur Durchführung des ihm aufgezwungenen Kampfes zur Verfügung? Diese Frage brängt sich unwillkürlich in diesen Tagen jedem auf. Einige statistische Angaben sollen dazu beitragen, diese wichtige Frage zu beantworten. Zunächst einiges von den deutschen Staatsschulden. Pro Kopf der Bevölkerung betragen die Staatsschulden

in Deutschland	310 M.
in England	323 "
in Frankreich	657 "

Der jährliche Vermögenszuwachs wird in Deutschland auf rund 5 Milliarden geschätzt, so daß, wenn der Krieg nicht allzu lange dauert, seine Kosten durch das im letzten Jahre vom deutschen Volke Ersparte fast aufgebracht werden könne. In bezug auf das bei den Sparkassen angelegte Vermögen ist folgendes zu bemerken. Pro Kopf der Bevölkerung betragen die Einlagen bei den Sparkassen:

	1875	1912
in Deutschland	44 M.	272 M.
in Frankreich	14 "	113 "
in England	42 "	103 "

Die Gesamteinlagen bei den Sparkassen betragen Ende 1912:

in Deutschland	17821 Millionen Mark
in Frankreich	4490 "
in England	4682 "
in Amerika	17692 "

Die Sparkasseneinlagen waren also in Deutschland mehr als viermal so groß, als in dem reichen England und in dem reichen Frankreich, und noch größer als in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo 30 Millionen Menschen mehr wohnen, als in Deutschland. — Für die Ausdehnung unseres Verkehrs sprechen folgende statistische Angaben. Es betrug nach der letzten Statistik in:

	Deutschland	England	Frankreich
Zahl der Postanstalten	50563	24245	14016
Betrag der jährlich bestellten Postanweisungen in Millionen M.	10197	2079	2345

Der Umfang unserer industriellen Produktion ergibt sich aus folgenden Angaben. Es betrug:

	Kohlengewinnung	Roheisengewinnung
Deutschland	255 Millionen To.	17,9 Millionen To.
England	264 Millionen To.	9 Millionen To.
Frankreich	41 Millionen To.	4,9 Millionen To.

Von der gesamten Weltproduktion an Kohle entfällt etwa der fünfte Teil auf Deutschland, und die deutsche Roheisenproduktion hat seit vielen Jahren die englische geschlagen. Von der Weltproduktion in Roheisen entfällt auf Deutschland nahezu ein Viertel. — In Preußen allein betrug das versteuerte Gesamteinkommen im Jahre 1913 rund 23000 Millionen M. Das jährliche Gesamteinkommen aller Deutschen wurde von dem Direktor der Deutschen Bank, Prof. Helfferich, auf rund 43 Milliarden Mark beziffert, das ist pro Kopf rund 650 Mark. Das französische Volkseinkommen wird auf etwa 23 Milliarden Mark pro Jahr geschätzt. Deutschland wird den Krieg auch finanziell leichter tragen, als seine Gegner.

Lokalsekretariat Lobberich.

Das Sekretariat befindet sich ab 1. Oktober in Lobberich, Bahnhofstraße 136.
Heinrich Stielz, Geschäftsführer.

Sterbe-Tafel.

Es starben den Heldentod fürs Vaterland

- Karl Welms aus M.-Gladbach. (Gefallen bei Haraumont.)
- Matth. Jansen aus Lobberich. (Gefallen in Frankreich.)
- Jos. Baumgarten aus Ingenbroich. (Gefallen in Frankreich.)
- Fritz Klein aus Barmen. (Gefallen in Frankreich.)
- Walter Rüping aus Barmen. (Gefallen in St. Quentin.)

Wir wollen ihr Andenken in Ehren halten!

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Johann Flocken in M.-Gladbach.
 - Arnold Repen in Kempen.
- Ehre ihrem Andenken!

Das Programm der Reichs- und Staatsbehörden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

II.

Zum Schluß seien aus der Denkschrift noch jene M. . . wiedergegeben, die zur Beschaffung vermehrter Arbeitslosigkeit und zur Bekämpfung der großstädtischen Arbeitslosigkeit empfohlen werden:

1. Betätigung der öffentlichen Körperschaften. In der gegenwärtigen Lage wird die Schaffung neuer Arbeit durch größere Aufträge in erster Linie von öffentlichen Körperschaften ausgehen müssen. Die Heeres- und Marineverwaltungen haben bereits große Aufträge in zweckmäßiger Verteilung vergeben. In gleicher Weise sollen auch die übrigen öffentlichen Körperschaften prüfen, was sie zur Belebung des stehenden Wirtschaftslebens, soweit es irgend möglich ist, hierin tun können. Auch wenn die öffentlichen Aufträge nur einen kleinen Bruchteil der normalen Beschäftigung der deutschen Volkswirtschaft ausmachen, so ist ihre Wirkung in dieser Zeit der Störung sehr bedeutend. Durch solches gleichmäßiges Vorgehen aller öffentlichen Behörden wird das allgemeine Vertrauen gestärkt und damit die erste Voraussetzung zu erweiterter Privatunternehmung geschaffen. Auch kommen diese Aufträge nicht bloß den unmittelbar Beschäftigten zugute, sondern sehen darüber hinaus, da diese wieder andere Gewerbe beschäftigen, in weiteren Kreisen die wirtschaftliche Maschinerie in Gang. Die öffentlichen Körperschaften können sich zurzeit am besten die erforderlichen Mittel verschaffen und auch Ausgaben zugunsten der Zukunft gegenwärtig in Angriff nehmen. Endlich ist zu berücksichtigen, daß die arbeitslose Bevölkerung auf jeden Fall, letzten Endes durch Unterstüßung öffentlicher Verbände wird ernährt werden müssen. Besser als Armenunterstützung ist aber in jeder Hinsicht die Gewährung von Arbeit.

2. Aufbräuen der bewilligten Kredite. Wie das Reich alle noch rückständigen Bauten am Kaiser-Wilhelmkanal weiterführt, wie die Marineverwaltung verfährt, so gehen auch die Staaten vor, führen die angefangenen Bauten weiter und erteilen nach Möglichkeit neue Aufträge. Wo eine Genehmigung der Parlamente hierzu nachträglich erforderlich sein sollte, wird daran nicht zu zweifeln sein. Die Postverwaltung will nicht nur die Hochbauten fortführen und an den oberirdischen Leitungen weiterbauen, sondern auch die erforderlichen Apparate, Porzellan- und Glaswaren usw. oder die unterirdische Verlegung von Telephonnetzen in Auftrag geben. Ebenso verfahren die Staatsbahnverwaltungen mit dem Bau von Stationen und Bahnstrecken, aber auch mit der Vergebung von Lokomotiven, Wagen usw.

Auch andere öffentliche Körperschaften und besonders Kommunen haben manche angefangenen Bau- . . .

oder beoannene Straßenbauten unterbrochen, in dem verständlichen Bestreben, ihre Ausgaben einzuschränken. Dessen ungeachtet sollen sie, soweit sie dazu irgend Mittel haben oder sich beschaffen können, die Tiefbauten und besonders die Hochbauten, z. B. Volksschulen, fortzuführen und neue, die bereits bewilligt sind, nach Maßgabe der verfügbaren Arbeitskräfte anfangen. Dies gilt besonders auch für Bauten in kleineren Städten. Ebenso sollen die Unterhaltungsarbeiten an den Provinzial- und Kreischauffeern, an den öffentlichen Gebäuden usw. nicht ausgesetzt werden. Manche Kommunen tragen Bedenken, in dieser Richtung vorzugehen, weil sie fürchten, dann viele Arbeitslose aus anderen zurückhaltenden Orten zu sich zu ziehen. Es dürfte sich daher eine gleichmäßige Einwirkung auf alle Kommunen empfehlen. Auch die großen Versicherungsanstalten und die Sparkassen sollen nach Kräften durch schnelle Auszahlung zugesagter Darlehen und durch Gewährung neuer Kredite im Rahmen ihrer Mittel sich zu helfen bemühen.

3. Aufträge an Strafanstalten. In Strafanstalten sollen Aufträge möglichst nicht mehr erteilt werden, sondern der privaten Industrie vorbehalten werden. Soweit es angängig ist, soll ferner ermogt werden, auch bereits erteilte Aufträge von den Strafanstalten zum Nutzen der beschäftigungslosen Gewerbetreibenden zurückzuziehen.

4. Inangriffnahme von Kulturarbeiten in der Landwirtschaftlichen Verwaltung. In vielen Teilen Deutschlands sind große Moore und Dehlandereien vorhanden, zu deren Urbarmachung die Projekte in den Ministerien teilweise schon fertiggestellt sind. Sie werden sofort in Angriff genommen werden, soweit die landwirtschaftlichen Verwaltungen besondere Fonds hierfür haben oder soweit ihnen von den Finanzverwaltungen die Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wo derartige Ländereien sich in privaten Händen befinden, ist die Durchführung weniger einfach. Leichter möglich ist die Durchführung solcher Meliorationen auf dem staatseigenen Grundbesitz, da hier schon Mittel zur Verfügung stehen, z. B. in Preußen 12 Millionen Mark. Hier wird sich neben den im Winter beschäftigungslosen russischen Saisonarbeitern auch für deutsche Arbeitslose Platz finden lassen. Auf dem Gebiete der Forstverwaltungen sollen die teilweise bereits eingestellten Arbeiter wieder aufgenommen und nach Möglichkeit ausgebeht werden. Auch auf die Möglichkeit, auf den abgeholzten Schlägen die mitunter stehenden Wurzelstämme jetzt auszuheben und nutzbar zu machen, wurde von dem Gesichtspunkte aus hingewiesen, daß jede nützliche Arbeit besser ist als Nichtstun.

5. Belebung der Industrie. Einzelne Teile der Industrie, die für den Heeresbedarf arbeiten, haben während des Krieges starke und dauernde Beschäftigung. Auch die Nahrungsmittelgewerbe werden ausreichend und teilweise sogar übermäßig beschäftigt sein. Ebenso wird der Kohlenbergbau und auch einige andere Teile des Bergbaus, sobald die Transportmittel wieder mehr verfügbar sind, verhältnismäßig gute Beschäftigung haben. Wie das Baugewerbe und

manche Teile anderer Gewerbe durch öffentliche Aufträge zu beleben wären ist unter II 2 dargelegt. Auch den übrigen Gewerbebezügen werden die Aufträge der öffentlichen Körperschaften unmittelbar einen Anstoß geben. Diesen Anstoß weiterzugeben und für eine Vermehrung der gewerblichen Tätigkeit im allgemeinen zu sorgen, wird dann in erster Linie Sache des Kreisaußschusses, der Industrie und der industriellen Verbände sein. Für die Bereitstellung der unentbehrlichen Rohstoffe wird nach Möglichkeit gesorgt und der Erleichterung des Absatzes stetige Aufmerksamkeit zugewendet werden. Für die Aufrechterhaltung und Beschaffung des Kredits kann unter Mitwirkung der Behörden durch Zusammenwirken der Interessenten nach dem Vorgang in einzelnen Orten und für den kleingewerblichen Personalkredit durch Stadtverwaltungen und Sparkassen und Genossenschaften viel geschehen.

Die vorgeschlagenen Mittel gegenüber der großstädtischen Arbeitslosigkeit lauten wie folgt:

1. Verhütung des Zugugs. In Großstädten und anderen industriellen Mittelpunkten werden trotz aller Bemühungen viele Arbeitslose verbleiben. Durch Zusammenwirken der Behörden mit den Arbeitsnachweiserinnen und den Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen soll dahin gestrebt werden, daß möglichst niemand nach solchen Orten zieht, wo bereits Arbeitslosigkeit herrscht. Insbesondere soll davor gewarnt werden, jetzt den Wohnsitz zu wechseln, bevor durch die öffentlichen Arbeitsnachweise oder in sonst zuverlässiger Weise die erstrebte Arbeitsstelle gesichert ist.

2. Förderung der Rückwanderung. Die Rückwanderung von den Städten auf das Land zu fördern, könnte für Kleinrentner in Frage kommen, die vom Lande kommen oder dort Angehörige haben. Wie weit die Kommunen als Ortsarmenverbände hier im Zusammenwirken mit anderen Organisationen tätig sein können, muß dahingestellt bleiben.

3. Wohlfahrts-Einrichtungen. Diese Aufgaben sind in erster Linie Sache der einzelnen Kommunen. Die vorhandenen Wohlfahrts-Einrichtungen sollen indessen jetzt nicht zugunsten der Liebestätigkeit für die Krieger zurückgestellt werden, sondern in alter Ausdehnung weitergeführt werden. Namentlich sollen in Großstädten z. B. Myle usw. nicht ausschließlich für Lazarettzwecke benutzt werden, sondern wie bisher geöffnet bleiben, zumal wahrscheinlich mancherorts sich die Notwendigkeit ergeben wird, für Massen schlafgelegheiten zu sorgen, wenn den arbeitslosen Männern und Frauen ihre Schlafstellen gelüftet werden. Auch Massenspeisungen werden mancherorts nötig werden. Solche Unterstüßungen sind nicht als Armenunterstützung anzusehen.

Diese Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind wirklich großzügig. Ihre Befolgung wird wesentlich zur Vinderung der herrschenden Not beitragen. Unsere Aufgabe muß es sein, bei Behörden, Kommunen und Arbeitgebern in diesem Sinne zu wirken.